



JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

Aktueller Beschluss

zum 46. NRW-Tag
am 26.-27. November 2011



Gemeinsam gegen Extremismus

Die Junge Union NRW zeigt sich fassungslos, wie es der rechtsextremistischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ über viele Jahre hinweg gelingen konnte, eine blutige Spur des Verbrechens in ganz Deutschland zu hinterlassen, ohne dabei ins Visier der Strafverfolgungsbehörden zu geraten und für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind die genauen Hintergründe nicht vollständig aufgeklärt. Deshalb fordern wir die rückhaltlose Aufklärung dieser grausamen Verbrechensserie. Derzeit sieht es jedoch so aus, als ob hier auch schwerwiegende Fehler auf Seiten der deutschen Sicherheitsbehörden gemacht worden sind. Auch diese Versäumnisse müssen entschlossen und rückhaltlos aufgeklärt werden, um daraus die richtigen Schlüsse für die Zukunft ziehen zu können.

Jede Form extremistischer Bestrebungen von rechter, linker oder auch religiös motivierter Seite stellt einen Angriff auf unsere – im Grundgesetz festgeschriebene – freiheitliche, demokratische Grundordnung dar und ist deshalb mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Erst vor wenigen Wochen zeigte sich schließlich mit den Brandanschlägen auf das Schienennetz der Deutschen Bahn AG, dass auch vom Linksextremismus eine ernstzunehmende Bedrohung ausgeht. Diese Taten müssen ebenfalls rückhaltlos aufgeklärt und bestraft werden! Alle demokratischen Kräfte in diesem Land müssen gemeinsam und entschlossen jede Form von Extremismus bekämpfen! Auch muss die Partei Pro-NRW/Pro-Köln einer schärferen Beobachtung durch den Verfassungsschutz unterzogen werden.

Die Junge Union NRW verschließt sich in diesem Zusammenhang nicht, Änderungen an der derzeitigen Sicherheitsarchitektur, beispielsweise durch die bessere Koordinierung der Verfassungsschutzämter oder die Erweiterung von Ermittlungskompetenzen des Generalbundesanwaltes, vorzunehmen. Im Kampf gegen Extremismus können wir uns künftige Informationspannen auf staatlicher Behördenseite nicht leisten!

In Fällen terroristischer Gruppierungen, die lange Zeit unentdeckt von der Öffentlichkeit operieren konnten, zeigt sich, dass dem Staat die richtigen Ermittlungsinstrumente mit an die Hand gegeben werden müssen: Sowohl wissenschaftliche Untersuchungen, als auch praktische Erfahrungen in mehreren EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass Daten über die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel ein notwendiges und effektives Ermittlungswerkzeug für die Verfolgung von Schwerstkriminalität sind. Deswegen muss gewährleistet werden, dass diese Daten den Strafverfolgungsbehörden für einen bestimmten Zeitraum zur Verfügung stehen. Die Junge Union NRW setzt sich daher für die längst überfällige Umsetzung der EU-Richtlinie (2006/24/EG) über die Vorratsdatenspeicherung ein!

Einem neuerlichen NPP-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht verschließen wir uns grundsätzlich nicht. Sollten sich neue belastbare Fakten für ein NPD-Verbotsverfahren ergeben, werden wir ein solches Verfahren unterstützen. Allerdings können wir uns ein nochmaliges Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht nicht leisten, so dass dieser Schritt gut überlegt sein muss!